

Harald Schoen (Bamberg)

Gute Seiten, schlechte Seiten. Eine Analyse zur Wirkung von Ambivalenz auf die politische Urteilsbildung in Deutschland

Der vorliegende Aufsatz untersucht Wirkungen attitudinaler Ambivalenz auf die Bewertung von Parteien und PolitikerInnen im deutschen Mehrparteiensystem. Auf der Grundlage kognitionspsychologischer Erkenntnisse zur politischen Informationsverarbeitung werden Hypothesen über Effekte von Ambivalenz auf die Mäßigung und Stabilität partei- und politikerInnenbezogener Bewertungen entwickelt. Diese werden auf der Grundlage von Daten aus einer Wiederholungsbefragung zur Bundestagswahl 1987 überprüft. Es wird gezeigt, dass hochgradige Ambivalenz gegenüber einer Partei oder einer KanzlerkandidatIn Bewertungen dieser Akteure mäßigt und destabilisiert. Ähnliche Ambivalenzeffekte können auf Bewertungen von Akteuren der gleichen parteipolitischen Couleur nachgewiesen werden, nicht jedoch auf Urteile über Akteure des Koalitionspartners. Die Ergebnisse sprechen für einen Beitrag des Memory-Based-Modells zur Erklärung politischer Urteilsbildung bei deutschen BürgerInnen. Zugleich scheinen in der Wahrnehmung der BürgerInnen Parteien und deren PolitikerInnen wesentlich enger miteinander verknüpft zu sein als verschiedene Parteien, die eine Koalition bilden.

*Keywords: Ambivalenz, Partei- und Politikerbewertungen, Memory-Based-Modell, politische Informationsverarbeitung, offene Fragen
Amivalence, evaluations of parties and politicians, memory-based model, political information processing, open-ended questions*

1. Einleitung¹

BürgerInnen nehmen politisches Geschehen durchaus differenziert wahr. So stellte Klingemann (1986, 402) mit Blick auf Deutschland fest: „Die Wähler [...] sind keine Schwarz-Weiß-Maler. Sie finden an den zur Wahl stehenden Parteien in der Regel gleichzeitig gute wie schlechte Seiten.“ Solche Belege für ambivalente Wahrnehmungen relativieren Zweifel am Unterscheidungsvermögen von BürgerInnen, legen aber auch die Frage nahe, ob das Zusammentreffen unterschiedlich bewerteter Wahrnehmungen zu ein und demselben Objekt die politische Urteilsbildung beeinflusst. Diese Möglichkeit wurde lange Zeit nur unzureichend berücksichtigt. Ablesen lässt sich dies etwa an der Praxis, separat gemessene positive und negative Bewertungen politischer Objekte zu saldieren, ohne der Simultaneität positiver und negativer Valenzen Rechnung zu tragen (etwa Kelley 1983; Shahla 2001, 121). Diese nicht auf den deutschen Sprachraum begrenzte Forschungslücke erstaunt umso mehr, als auf diesem Gebiet seit Langem das Nebeneinander unterschiedlich bewerteter Kognitionen erkannt worden ist (etwa Heider 1946; Festinger 1957).

Erst in jüngerer Zeit griff die angelsächsische Politikwissenschaft diese Fragen auf. Sie konnte zeigen, dass etliche US-BürgerInnen PolitikerInnen, Parteien, politische Institutionen und politische Sachfragen nicht einseitig, sondern zwiespältig betrachten (etwa Zaller 1992; Meffert

et al. 2004; Craig et al. 2002; Lavine 2001; Gainous/Martinez 2005; Greene 2005; McGraw/Bartels 2005). Zudem scheint ein hohes Maß an Ambivalenz US-BürgerInnen unter anderem dazu zu bewegen, PräsidentschaftskandidatInnen moderater und variabler zu beurteilen und Wahlentscheidungen später und weniger dezidiert zu treffen (etwa Lavine 2001; Haddock 2003; Basinger/Lavine 2005).

Die Meriten der bislang auf die USA konzentrierten Forschung (siehe aber Fournier 2005; Lee/Chan 2009) können jedoch nicht über deren Grenzen hinwegtäuschen. Zum einen ist auf einen bestimmten Kontext bezogene Forschung nicht in der Lage zu prüfen, ob dort festgestellte Befunde kontextspezifisch oder allgemeingültig sind (Lavine 2003). Zum anderen konnten auf die USA bezogene Arbeiten nicht Wirkungen untersuchen, die im dortigen politischen System überhaupt nicht auftreten können. So gibt es in den USA keine Koalitionsregierungen, weshalb theoretisch plausible Ambivalenzeffekte auf Bewertungen von Koalitionspartnern nicht analysiert werden konnten. Um diese Forschungslücken zu schließen, ist es erforderlich, Wirkungen von Ambivalenz auf die politische Urteilsbildung in anderen politischen Systemen als dem amerikanischen zu untersuchen.

Der vorliegende Aufsatz untersucht daher Wirkungen von Ambivalenz gegenüber Parteien und SpitzenpolitikerInnen in Deutschland. Dazu wird zunächst die Rolle von Ambivalenz für politische Urteile in Anlehnung an neuere kognitionspsychologische Erkenntnisse theoretisch diskutiert. Auf dieser Grundlage werden Hypothesen formuliert, die die Bedingungen des deutschen politischen Systems berücksichtigen. Die Hypothesen werden mit Daten aus einer Wiederholungsbefragung empirisch geprüft. Abschließend werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst und diskutiert.

2. Theoretische Überlegungen

Bewertungen politischer Objekte, etwa Sachfragen oder Parteien, wurden in der Einstellungs- und Wahlforschung lange Zeit mit einem eindimensionalen Modell untersucht (etwa Green/Citrin 1994). Demnach lassen sich Bewertungen eines Objekts auf einer Dimension von sehr negativen über neutrale bis hin zu extrem positiven Haltungen abbilden, wobei negative Urteile den positiven diametral gegenüberstehen und daher eine positivere Haltung zu einem Objekt automatisch mit einer weniger negativen einhergeht. Diese Betrachtungsweise erlaubt wichtige Einsichten, gibt jedoch keinen Aufschluss darüber, ob einer summarischen Bewertung homogene oder widersprüchliche Erwägungen² zugrunde liegen. Der Unterschied zwischen beiden Konstellationen wurde lange Zeit für vernachlässigbar gehalten. Neuere Entwicklungen in der politischen Psychologie sprechen jedoch dafür, dass der Grad der Ambivalenz (Zaller 1992; Craig et al. 2002) für die politische Urteilsbildung folgenreich sein kann.

Um die Rolle von Ambivalenz³ für politische Bewertungen und Entscheidungen zu diskutieren, empfiehlt es sich, kein reines Online-Modell der politischen Informationsverarbeitung zu verwenden (etwa Lodge et al. 1989), sondern wenigstens zum Teil auf das „Memory-Based“-Modell zurückzugreifen (etwa Zaller 1992; Lau/Redlawsk 2006). Demnach besitzen Menschen keine auskristallisierten Einstellungen zu politischen Objekten, die sie bei Bedarf abrufen. Stattdessen wird angenommen, dass sie zahlreiche und nicht unbedingt konsonante Erwägungen zu politischen Objekten abgespeichert haben. Werden sie um eine Bewertung eines Objekts gebeten, rufen sie die momentan im Gedächtnis verfügbaren Erwägungen zum betreffenden Objekt ab und bilden daraus ihre summarische Reaktion.

Aus dieser Sicht spielt der Grad der Ambivalenz der Erwägungen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Urteilen über politische Objekte. Personen mit homogenen Erwägungen zu einem Objekt gelangen zu einem eindeutigen Urteil. Personen mit hochgradig ambivalenten Erwägungen sehen dagegen nicht nur eine Seite der Medaille und erkennen einen mehr oder minder starken Konflikt. Daher ist bei ihnen mit eher ausgewogenen Urteilen zu rechnen. Es ist somit zu erwarten, dass hochgradige Ambivalenz gegenüber einem politischen Objekt zu weniger extremen Bewertungen dieses Objekts führt (Maio et al. 1996; Meffert et al. 2004; siehe aber McGraw/Bartels 2005).

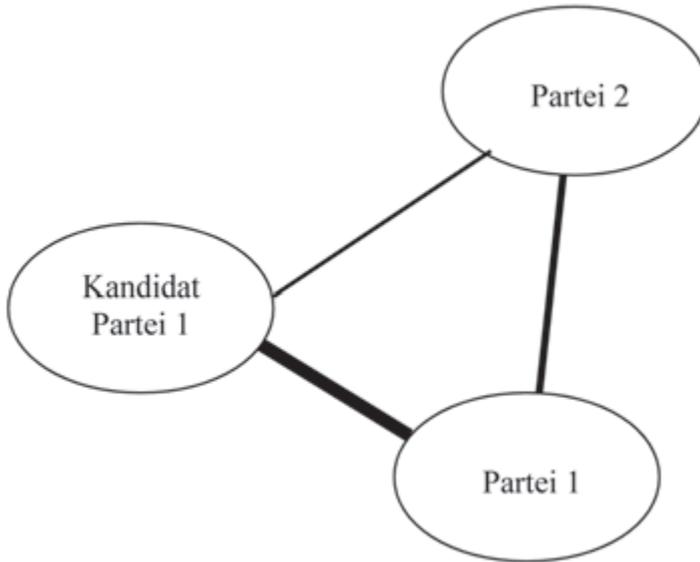
Daneben dürfte hochgradige Ambivalenz gegenüber einem Objekt auch zu instabilen Bewertungen dieses Objekts führen (Lavine 2001; Craig et al. 2005; Fournier 2005). Bei Personen mit sehr einseitigen Erwägungen sind zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten ähnliche Urteile zu erwarten. Denn wenn sie zwischenzeitlich widersprüchliche Informationen über das Objekt erhalten, sorgen ihre einseitigen Eindrücke dafür, dass bevorzugt solche Botschaften akzeptiert werden, die zu den bereits vorhandenen Erwägungen passen (etwa Lodge/Taber 2005; Taber/Lodge 2006). Erhält eine Person mit ambivalenten Erwägungen widersprüchliche Botschaften, so wird sich ihre Ambivalenz nicht auflösen. Daher können stochastische Prozesse oder situative Einflüsse (Chong/Druckman 2007) zu variierenden Bewertungen führen. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass bei Personen mit ambivalenten Erwägungen ein politisch einseitiger Kommunikationsfluss die Verteilung der Erwägungen in eine bestimmte Richtung verschieben kann, was wiederum zu einer veränderten Bewertung führt (Holbrook/Krosnick 2005).

Der Grad attitudinaler Ambivalenz gegenüber einem Objekt kann nicht nur die Urteilsbildung gegenüber diesem Objekt, sondern auch jene gegenüber *anderen* Objekten beeinflussen. Die jüngere Forschung hat gezeigt, dass – bildlich gesprochen – starke Verknüpfungen zwischen zwei Konzepten im Langzeitgedächtnis dazu führen können, dass die Aktivierung von einem Konzept auf das andere überspringt (Steenbergen/Lodge 2003; Taber 2003). Daher kann eine Bitte, eine politische Partei zu bewerten, nicht nur Erwägungen zu dieser ins Bewusstsein rufen, sondern auch Erwägungen zu anderen politischen Objekten, die in der Vorstellungswelt der befragten Person eng mit dieser Partei verknüpft sind. Diese Erwägungen wiederum könnten die Bewertung der betrachteten Partei beeinflussen. Folglich könnte der Grad der Ambivalenz gegenüber anderen Objekten, die in der Wahrnehmung der BürgerInnen mit einer zu bewertenden AkteurIn eng verknüpft sind, die Bewertung dieser individuellen oder kollektiven AkteurIn mäßigen und destabilisieren.

Diese theoretische Erweiterung um objektübergreifende Ambivalenzeffekte soll hier auf zwei Konstellationen angewandt werden, die im politischen System Deutschlands für enge Verknüpfungen verschiedener politischer Objekte in der Wahrnehmung von BürgerInnen sorgen könnten. Zum einen agieren PolitikerInnen als Repräsentanten von Parteien; das gilt nicht zuletzt für SpitzenkandidatInnen in Wahlkampfzeiten. Daher könnten Spitzenkandidaten und ihre Parteien in der Vorstellungswelt von BürgerInnen eng miteinander verknüpft sein (siehe Abbildung 1). Soweit das zutrifft, sollten bei Personen, die gebeten werden, eine SpitzenkandidatIn zu bewerten, auch Erwägungen zu deren Partei ins Bewusstsein treten und die Bewertung der PolitikerIn beeinflussen. Im Ergebnis sollte hochgradige Ambivalenz gegenüber der Partei Bewertungen der PolitikerIn weniger extrem und instabiler machen. In umgekehrter Richtung sind Effekte von politikerInnenbezogener Ambivalenz auf Bewertungen der entsprechenden Parteien zu erwarten.

Zum anderen sind im bundesdeutschen Mehrparteiensystem Koalitionen für Regierungsmehrheiten erforderlich. Die Parteien arbeiten in Regierungsbündnissen zusammen und berück-

Abbildung 1: Beispiel für mentale Verknüpfungen zwischen verschiedenen politischen Akteuren



sichtigen das Koalitionserfordernis auch in Wahlkämpfen, indem sie vor Wahlen Signale über prospektive Regierungsbündnisse aussenden (Gschwend/Pappi 2004). Werden Parteien in der politischen Kommunikation regelmäßig als miteinander verbunden dargestellt, werden die entsprechenden Verknüpfungen im Gedächtnis der BürgerInnen verstärkt (Steenbergen/Lodge 2003; Lavine/Steenbergen 2005). So nehmen deutsche BürgerInnen (potenzielle) Koalitionspartner als einander relativ nah oder als Mitglieder eines politischen Lagers wahr, wie Befunde auf der Basis mit reaktiven und nicht-reaktiven Methoden gewonnener Daten zeigen (Rattinger 2007; Bluemke/Friese 2008). Folglich dürfte eine Frage nach der Bewertung einer Partei auch Erwägungen zu deren Koalitionspartner ins Bewusstsein rufen (siehe Abbildung 1). Dementsprechend sollten hochgradig ambivalente Erwägungen gegenüber einer Partei nicht nur Urteile über diese, sondern auch über deren Koalitionspartner mäßigen und destabilisieren. Soweit, wie im vorangegangenen Abschnitt diskutiert, zwischen Parteien und ihren SpitzenpolitikerInnen enge Verknüpfungen in der Vorstellung der BürgerInnen bestehen, dürften sich parteiübergreifende Ambivalenzeffekte auch auf politikerInnenbezogene Erwägungen bzw. Bewertungen erstrecken.

Diese Erwartungen zu objektgebundenen und -übergreifenden Effekten von Ambivalenz sollen am Beispiel von Bewertungen der vier Bundestagsparteien, CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne, und der beiden KanzlerkandidatInnen, Helmut Kohl und Johannes Rau, vor der Bundestagswahl 1987 untersucht werden. Als Kanzlerkandidat der Unionsparteien und langjähriger CDU-Vorsitzender dürfte Kohl als eng mit den Unionsparteien verbunden wahrgenommen worden sein. Da CDU, CSU und FDP die Fortsetzung ihrer seit 1982 bestehenden Koalition anstreben, sollten Union und Kohl einerseits und die FDP andererseits von den BürgerInnen als eng verbunden wahrgenommen werden. Ebenso sollten für die BürgerInnen die SPD und deren KandidatIn Johannes Rau als eng verbunden gelten. Die Öffentlichkeit scheint eine Koalition der SPD mit den Grünen für plausibel gehalten zu haben, auch wenn die SPD-KanzlerkandidatIn ein solches Bündnis nicht anstrebte (siehe Gschwend/Pappi 2004). Folglich sollten die Grü-

nen einerseits und die SPD andererseits, nicht aber Rau als eng verkoppelt wahrgenommen werden.

Aus dieser Beschreibung der politischen Verhältnisse vor der Bundestagswahl 1987 und den vorher dargelegten allgemeinen Erwartungen an mäßigende und destabilisierende Wirkungen hochgradiger Ambivalenz ergeben sich folgende empirisch prüfbare Hypothesen:

- (1) Hochgradige Ambivalenz gegenüber einer Partei oder KandidatIn führt zu (a) weniger extremen und (b) weniger stabilen Bewertungen der jeweiligen Partei bzw. KandidatIn.
- (2) Hochgradige Ambivalenz gegenüber SPD und Union führt zu (a) weniger extremen und (b) weniger stabilen Beurteilungen der jeweiligen KanzlerkandidatIn. Analoge Effekte sind in umgekehrter Richtung von Ambivalenz gegenüber Rau und Kohl auf die Bewertung von SPD bzw. Union zu erwarten.
- (3) Stark ausgeprägte Ambivalenz gegenüber einer Partei oder einer PolitikerIn entfaltet (a) Mäßigungs- und (b) Destabilisierungseffekte auf die Bewertungen des Koalitionspartners und deren PolitikerInnen. Das gilt nicht für die Dyade Rau-Grüne, da Rau eine Zusammenarbeit mit den Grünen ablehnte.

3. Daten und Methoden

Als empirische Grundlage dienen Daten aus einer Wiederholungsbefragung zur Bundestagswahl 1987. In der Erhebung wurden 1.954 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte im September 1986 befragt und in der zweiten Welle im Dezember 1986 und Januar 1987 vor der Wahl am 25. Januar 1987 sowie in der dritten Welle im Februar 1987 erneut zu befragen versucht.⁴ Mangels geeigneter Indikatoren für die abhängigen Variablen werden die Daten aus der dritten Erhebungswelle in den folgenden Analysen nicht verwendet.

Um attitudinale Ambivalenz zu messen, werden die Antworten auf die in der ersten Welle gestellten Fragen nach den guten und schlechten Seiten der vier Bundestagsparteien und der beiden KanzlerkandidatInnen verwendet. Für jede Befragte sind bis zu drei positive und drei negative Angaben zu jedem dieser politischen Objekte kodiert.⁵ Um das Ausmaß attitudinaler Ambivalenz gegenüber einem Objekt zu ermitteln, wird die Zahl der positiven und der negativen Nennungen zu diesem Objekt in die gängige Griffin-Formel eingesetzt (Thompson et al. 1995; Armitage/Conner 2004). Danach berechnet sich der Grad der Ambivalenz folgendermaßen:

$$\text{Ambivalenz} = (P + N)/2 - |P - N|$$

Dabei gibt P die Zahl der positiven Nennungen zum jeweiligen Objekt an, während N die absolute Häufigkeit negativer Nennungen zu dem Objekt abbildet.⁶ Der Wertebereich des Ambivalenzindikators liegt zwischen -1,5 und +3. Der untere Extremwert indiziert eine sehr einseitige Sichtweise auf eine Partei oder eine KandidatIn und steht daher für minimale Ambivalenz. Der obere Grenzwert spiegelt dagegen hochgradig ambivalente Erwägungen wider. Die beschriebene Berechnungsprozedur wurde auf die Angaben zu den guten und schlechten Seiten der sechs ausgewählten politischen Objekte angewandt, so dass im Ergebnis sechs Ambivalenzmaße vorliegen (diese und alle anderen Operationalisierungen sind ausführlich im Anhang beschrieben).

Um die Hypothesen 1a, 2a und 3a zur mäßigen Wirkung von Ambivalenz auf die Bewertungen politischer Objekte zu prüfen, werden als abhängige Variable die am Skalenmittelpunkt

„zusammengeklappten“ Sympathieskalometer zu den Parteien SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne sowie zu den KandidatInnen Kohl und Rau verwendet. Ein höherer Wert des auf den Wertebereich zwischen 0 und 1 normierten Indikators zeigt eine extremere Bewertung des jeweiligen Einstellungsobjekts an. Als zentrale unabhängige Variablen dienen die jeweiligen Ambivalenzindikatoren, die für diese Analysen ebenfalls auf den Wertebereich zwischen 0 und 1 reskaliert wurden. Um nicht Scheinkorrelationen als substantielle Ambivalenz-Effekte zu interpretieren, werden in die Analyse verschiedene Kontrollvariablen eingeführt. Überzeugte ParteianhängerInnen bewerten Parteien und PolitikerInnen relativ extrem (etwa Bartels 2002), weshalb die Stärke der Parteiidentifikation kontrolliert wird. Da auch extreme ideologische Orientierungen extreme Haltungen politischen Objekten verursachen können, wird die am Skalenmittelpunkt „zusammengeklappte“ Links-Rechts-Selbsteinstufung berücksichtigt. Um Konfundierungseffekte politischer Involvierung und kognitiver Fähigkeiten zu vermeiden, werden das politische Interesse und die formale Bildung einbezogen (Lavine 2001). Schließlich wird die absolute Zahl positiver und negativer Nennungen berücksichtigt, da sie als weiterer Indikator für kognitive Fähigkeiten gelten kann (Smith 1980). Dadurch können zudem Effekte der Ambivalenz von Wirkungen der sie konstituierenden Richtungskomponenten getrennt werden, was umso wichtiger erscheint, als positive und negative Erwägungen bei der Urteilsbildung unterschiedlich stark gewichtet werden könnten (Lau 1985; Holbrook et al. 2001).

Es werden somit Regressionsmodelle geschätzt, deren Struktur sich folgendem Beispiel zur Erklärung extremer Bewertungen der CDU/CSU in der ersten Befragungswelle entnehmen lässt:

$$\text{Extreme Bewertung}_{\text{CDU/CSU Welle 1}} = b_0 + b_1 * \text{Ambivalenz}_{\text{CDU/CSU}} + b_2 * \text{Ambivalenz}_{\text{FDP}} + b_3 * \text{Ambivalenz}_{\text{Kohl}} + b_4 * \text{Stärke der Parteibindung} + b_5 * \text{extreme ideologische Orientierung} + b_6 * \text{politisches Interesse} + b_7 * \text{niedrige Bildung} + b_8 * \text{mittlere Bildung} + b_9 * \text{Zahl positiver Seiten}_{\text{CDU/CSU}} + b_{10} * \text{Zahl negativer Seiten}_{\text{CDU/CSU}} + b_{11} * \text{Zahl positiver Seiten}_{\text{FDP}} + b_{12} * \text{Zahl negativer Seiten}_{\text{FDP}} + b_{13} * \text{Zahl positiver Seiten}_{\text{Kohl}} + b_{14} * \text{Zahl negativer Seiten}_{\text{Kohl}}$$

Die auf Einstellungsstabilität abzielenden Hypothesen 1b, 2b und 3b werden mittels Regression der Bewertungen von Parteien und Kandidaten in der zweiten Welle auf die entsprechenden Bewertungen in der ersten Befragung geprüft. Die entsprechenden Regressionskoeffizienten werden als Stabilitätsmaße interpretiert. Um zu prüfen, ob die Stabilität vom Ambivalenzgrad abhängt, werden Interaktionsterme aus der Bewertung in der ersten Welle und den jeweiligen Ambivalenzvariablen gebildet. Daraus lassen sich anschließend die Stabilitätskoeffizienten bei minimaler und maximaler Ambivalenz errechnen.⁷ Auch in diesen Analysen wurde die Stärke der Parteiidentifikation als Kontrollvariable berücksichtigt, da intensive Parteibindungen Einstellungen stabilisieren. Ferner wurden politisches Interesse, formale Bildung und die Zahl der Nennungen guter und schlechter Seiten kontrolliert. Um Phänomene wie die Regression zur Mitte zu kontrollieren, wurde eine Variable einbezogen, die angibt, wie extrem das jeweilige Objekt in der ersten Befragungswelle bewertet wurde. Für alle diese Variablen wurden ebenfalls Interaktionsterme mit der Bewertung der Partei bzw. des Kandidaten gebildet. Vor der Konstruktion der Interaktionsterme wurden in dieser Analyse alle unabhängigen Variablen zentriert.

Im Ergebnis werden in diesem Analyseschritt wiederum lineare Regressionsmodelle geschätzt, deren Struktur an folgendem Beispiel zur Analyse der Stabilität der CDU/CSU-Bewertungen zu erkennen ist:

$$\text{Bewertung}_{\text{CDU/CSU Welle 2}} = b_0 + b_1 * \text{Bewertung}_{\text{CDU/CSU Welle 1}} + b_2 * \text{Ambivalenz}_{\text{CDU/CSU}} + b_3 * \text{Ambivalenz}_{\text{FDP}} + b_4 * \text{Ambivalenz}_{\text{Kohl}} + b_5 * \text{Stärke der Parteibindung} + b_6 * \text{extreme ideologische Orientierung}_{\text{Welle 1}} + b_7 * \text{politisches Interesse} + b_8 * \text{formale Bildung} + b_9 * \text{Zahl positiver}$$

und negativer Nennungen + b_{10} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * Ambivalenz_{CDU/CSU} + b_{11} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * Ambivalenz_{FDP} + b_{12} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * Ambivalenz_{Kohl} + b_{13} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * Stärke der Parteibindung + b_{14} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * formale Bildung + b_{15} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * politisches Interesse + b_{16} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * Zahl positiver und negativer Nennungen + b_{17} * Bewertung_{CDU/CSU Welle 1} * extreme ideologische Orientierung

Welle 1

4. Empirische Befunde

Ehe die Wirkungen partei- und politikerbezogener Ambivalenz auf die politische Urteilsbildung untersucht werden, werden kurz die Zahl der Angaben zu den offenen Fragen nach den guten und schlechten Seiten von Parteien und KandidatInnen und der Grad der Ambivalenz dieser Angaben betrachtet. Tabelle 1 zeigt, dass die Befragten durchschnittlich zwischen ein und zwei positive und negative Aspekte pro Objekt nennen. Eine Ausnahme dazu bildet die FDP, zu der vergleichsweise wenige positive Angaben gemacht werden. Aber selbst in diesem Fall treten in der Aggregatbetrachtung positive und negative Nennungen simultan auf, was auf ein erhebliches Maß an Ambivalenz hindeutet.

Tabelle 1: Verteilung von Ambivalenz gegenüber Parteien und den Kanzlerkandidaten vor der Bundestagswahl 1987 (Angaben: Anteilswerte bzw. arithmetisches Mittel)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Rau	Kohl
<i>Zahl der Nennungen</i>						
– positive Seiten	1.37	1.45	0.87	1.14	1.42	1.27
– negative Seiten	1.63	1.58	1.48	1.82	1.03	1.56
<i>Ambivalenz</i>						
Arith. Mittel (Standardfehler)	0.11 (0.03)	0.27 (0.03)	0.03 (0.02)	0.26 (0.03)	-0.11 (0.02)	-0.15 (0.03)
Standardabweichung	1.28	1.25	1.09	1.21	1.07	1.23
<i>nach Parteibindungen</i>						
SPD	-0.09**	0.45*	-0.12	0.57**	-0.21	-0.32*
CDU/CSU	0.29*	0.01**	0.25**	-0.14**	-0.03	0.05**
FDP	0.86**	0.30	0.67**	0.40	0.43**	0.49**
Grüne	-0.49**	0.63*	-0.34*	0.78**	0.00	-0.45
Keine Parteibindung	0.16	0.28	-0.04	0.25	-0.13	-0.18
Korr. R ²	0.03	0.02	0.03	0.06	0.01	0.02

N = 1954.

Im unteren Teil der Tabelle sind die mittleren Ambivalenzwerte für die Anhänger von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen sowie von Personen ohne Parteibindung berichtet. Die Signifikanzniveaus beziehen sich auf Unterschiede der jeweiligen Parteianhänger von Personen ohne Parteiidentifikation: * p < 0.05; ** p < 0.01. Die Werte des korrigierten R² beziehen sich auf eine lineare Regressionsanalyse, in der die jeweilige Ambivalenzvariable auf Dummy-Variablen für SPD-, CDU/CSU-, FDP- und Grünen-Anhänger zurückgeführt wurde.

Tabelle 2: Wirkung von Ambivalenz auf die Extremheit der Bewertungen von SPD, CDU/CSU, FDP, Grünen, Johannes Rau und Helmut Kohl unter Kontrolle von Drittvariablen (lineare Regressionsanalysen)

	CDU/CSU		FDP		Kohl	
	W1	W2	W1	W2	W1	W2
Ambivalenz _{CDU/CSU}	-.14** (.03)	-.12** (.03)	.02 (.03)	-.01 (.03)	-.15** (.03)	-.12** (.03)
Ambivalenz _{FDP}	.02 (.04)	.03 (.04)	-.16** (.04)	-.08* (.04)	.04 (.05)	.04 (.04)
Ambivalenz _{Kohl}	-.16* (.03)	-.08* (.03)	-.07* (.03)	-.04 (.03)	-.24** (.03)	-.17** (.03)
Parteilbindungsstärke	.07** (.02)	.10** (.02)	-.01 (.02)	-.02 (.02)	.06** (.02)	.08** (.02)
Ideologie-Extremheit	.19** (.02)	.20** (.02)	.11** (.02)	.08** (.02)	.13** (.02)	.15** (.03)
Politisches Interesse	.06** (.02)	.12** (.03)	.04 (.03)	.07* (.03)	.07** (.03)	.14** (.03)
Niedrige Bildung	-.04 (.02)	-.00 (.02)	-.03 (.02)	-.00 (.02)	.01 (.02)	-.02 (.03)
Mittlere Bildung	-.03 (.02)	.01 (.03)	-.01 (.03)	-.00 (.03)	.01 (.03)	.02 (.03)
Zahl positiver Seiten _{Union}	.04** (.01)	.03** (.01)	-.01 (.01)	-.00 (.01)	.03** (.01)	.03* (.01)
Zahl negativer Seiten _{Union}	-.00 (.01)	-.01 (.01)	-.00 (.01)	-.01 (.01)	.02* (.01)	-.01 (.01)
Zahl positiver Seiten _{FDP}	.00 (.01)	.00 (.01)	.02* (.01)	.01 (.01)	.01 (.01)	-.00 (.01)
Zahl negativer Seiten _{FDP}	-.00 (.01)	-.00 (.01)	.02** (.01)	.03** (.01)	-.02 (.01)	.00 (.01)
Zahl positiver Seiten _{Kohl}	.03** (.01)	.01 (.01)	.00 (.01)	.01 (.01)	.04** (.01)	.02* (.01)
Zahl negativer Seiten _{Kohl}	.01 (.01)	-.01 (.01)	.03** (.01)	.02 (.01)	-.00 (.01)	-.00 (.01)
Konstante	.41** (.03)	.34** (.04)	.36** (.03)	.31** (.03)	.45** (.03)	.45** (.04)
Korr. R ²	.16	.15	.05	.03	.11	.12
N	1922	1514	1927	1513	1928	1513

	SPD		Grüne		Rau	
	W1	W2	W1	W2	W1	W2
Ambivalenz _{SPD}	-.15**	-.14**	-.02	-.04	-.08**	-.14**
	(.03)	(.03)	(.04)	(.04)	(.03)	(.03)
Ambivalenz _{Grüne}	.05	.01	-.30**	-.20**	-.04	-.00
	(.03)	(.04)	(.04)	(.05)	(.04)	(.04)
Ambivalenz _{Rau}	-.10**	-.06	.01	.03	-.23**	-.13**
	(.03)	(.03)	(.04)	(.04)	(.03)	(.04)
Parteilbindungsstärke	.12**	.11**	.09**	.05*	.11**	.08**
	(.02)	(.02)	(.02)	(.02)	(.02)	(.02)
Ideologie-Extremheit	.03	.08**	.07**	.14**	.04*	.06*
	(.02)	(.02)	(.03)	(.03)	(.02)	(.03)
Politisches Interesse	.06*	.07*	.00	.02	.04	.03
	(.02)	(.03)	(.03)	(.03)	(.02)	(.03)
Niedrige Bildung	.06**	.06**	.00	.05	.03	.08**
	(.02)	(.02)	(.03)	(.03)	(.02)	(.03)
Mittlere Bildung	.02	.02	-.03	.03	-.01	.04
	(.02)	(.02)	(.03)	(.03)	(.02)	(.03)
Zahl positiver Seiten _{SPD}	.08**	.05**	-.03**	-.03**	.04**	.04**
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Zahl negativer Seiten _{SPD}	-.02*	-.02**	.01	.01	-.03**	-.02*
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Zahl positiver Seiten _{Grüne}	-.03**	-.01	-.01	-.00	-.01	-.01
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Zahl negativer Seiten _{Grüne}	-.03**	-.03**	.05**	.03**	-.02**	-.01
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Zahl positiver Seiten _{Rau}	.03**	.04**	.01	.01	.07**	.05**
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Zahl negativer Seiten _{Rau}	-.01	-.01	.03**	.02*	.02*	.01
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Konstante	.41**	.37**	.50**	.45**	.41**	.37**
	(.03)	(.03)	(.04)	(.04)	(.03)	(.04)
Korr. R ²	.16	.15	.14	.09	.17	.11
N	1930	1515	1927	1517	1921	1507

Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$.

Diesen Eindruck bestätigen die Ambivalenzindikatoren, deren arithmetisches Mittel – bei einer beträchtlichen Streuung – in allen Fällen um den Wert 0 liegt. Am zwiespältigsten werden SPD und Grüne wahrgenommen, etwas einseitiger die Parteien der christlich-liberalen Koalition. Am einseitigsten sind die Eindrücke von den KanzlerkandidatInnen, und zwar im Falle Kohls noch etwas deutlicher als bei Rau. Allerdings kann man auch in diesen Fällen nicht von einer überwiegend einseitigen Wahrnehmung sprechen. Insgesamt werden die Parteien und die KandidatInnen im Durchschnitt moderat ambivalent wahrgenommen, und dies bei erheblicher Variation zwischen den Befragten.

Der Ambivalenzgrad ist zudem weitgehend unabhängig vom Vorliegen einer Parteiidentifikation und deren Richtung. Es fallen zwar einige Parteibindungseffekte ins Auge. So scheinen SPD- und Grünen-AnhängerInnen Union und FDP vergleichsweise einseitig, SPD und Grüne hingegen relativ zwiespältig wahrzunehmen; ein – annähernd – spiegelbildliches Muster ist bei den AnhängerInnen der christlich-liberalen Koalition zu erkennen. Die Befunde deuten darauf hin, dass politische Gegner eher einseitig gesehen werden. Allerdings bewegen sich die Wirkungen von Parteiloyalitäten auf einem sehr bescheidenen Niveau, wie die R^2 -Werte von maximal 0,06 zeigen. Selbst ParteianhängerInnen nehmen also Parteien und SpitzenkandidatInnen nicht vollkommen einseitig wahr.

Nachdem wir gezeigt haben, dass zwiespältige Wahrnehmungen kein marginales Phänomen sind, ist nun zu prüfen, ob vom Ambivalenzgrad die vermuteten Wirkungen ausgehen. Die Wirkungsanalysen zerfallen in zwei Abschnitte. Zunächst werden die auf Mäßigungseffekte abzielenden Hypothesen 1a, 2a und 3a geprüft, anschließend die Hypothesen 1b, 2b und 3b, die Destabilisierungseffekte erwarten lassen.

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse der Regressionsanalysen zur mäßigenden Wirkung attitudinaler Ambivalenz auf die Bewertungen von Parteien und Politikern zusammengestellt. Sie zeigen, dass Ambivalenz gegenüber einer individuellen oder kollektiven AkteurIn deren Bewertung in allen betrachteten Fällen statistisch signifikant moderater werden lässt. So sorgt ein höherer Grad an Ambivalenz gegenüber der SPD in der ersten Welle der Befragung für eine um 0,15 Punkte moderatere Bewertung der SPD. Wenn man berücksichtigt, dass die Skala zur Messung extremer Bewertungen einen von 0 bis 1 reichenden Wertebereich besitzt, ist dies ein erheblicher Effekt. Auf einem ähnlichen Niveau bewegen sich die Effekte bei Union und FDP, etwas stärker fallen sie für Kohl und Rau mit 0,24 bzw. 0,23 aus. Der Spitzenwert von 0,30 tritt bei der Bewertung der Grünen auf, was damit zusammenhängen könnte, dass die BürgerInnen diese Partei Mitte der Achtzigerjahre erst relative kurze Zeit kennen und daher noch kaum Online-Urteile besitzen konnten (Lavine 2003). Deutliche Effekte der in der ersten Erhebungswelle gemessenen Ambivalenz sind auch auf die Parteibewertungen aus der zweiten, rund drei Monate später durchgeführten Befragung nachweisbar. Sie sind zwar etwas schwächer, was angesichts der Zeit zwischen den Erhebungen nicht überraschen kann, bleiben aber statistisch signifikant und substantiell relevant.

Ambivalenz gegenüber einer Partei scheint auch einen Einfluss darauf zu haben, wie extrem deren KanzlerkandidatIn beurteilt wird. So wirkt hochgradige Ambivalenz gegenüber der SPD konsistent und deutlich mäßigend auf die Urteile über Rau. Ähnlich begünstigen hohe Ambivalenzwerte gegenüber den Unionsparteien beträchtlich moderatere Bewertungen Kohls. In umgekehrter Richtung sind ebenfalls Mäßigungseffekte zu erkennen. Personen, die Kohl (Rau) zwiespältig wahrnehmen, beurteilen die Union (SPD) eher moderat. Allerdings fallen die Effekte von Ambivalenz gegenüber der SPD-KandidatIn auf die Bewertung seiner Partei vergleichsweise schwach aus und erfüllen in einem Fall nur das 90-Prozent-Signifikanzkriterium. Dies

könnte darauf hindeuten, dass Rau aus Sicht der BürgerInnen für die Beurteilung der SPD von weniger zentraler Bedeutung war als Kohl für die Bewertung der Union. Insgesamt stützen die Befunde die Vermutung, auf individuelle oder kollektive politische AkteurInnen bezogene Ambivalenz wirke mäßigend auf Urteile über andere politische AkteurInnen der gleichen politischen Couleur.

Erheblich weniger überzeugt die Evidenz für die Hypothese, Ambivalenz entfalte auch parteiübergreifend Mäßigungseffekte. Der auf die FDP und die Grünen bezogene Ambivalenzgrad bleibt ohne jegliche Wirkung auf die Urteile über Union bzw. SPD und deren KanzlerkandidatInnen. Auch in umgekehrter Richtung ist kein mäßigender Effekt von Union- oder SPD-bezogener Ambivalenz auf die Bewertungen von FDP bzw. Grünen zu erkennen. Gleiches gilt – mit einer kleinen Ausnahme – für Ambivalenz gegenüber den KandidatInnen. Folglich muss diese Hypothese verworfen werden. Es scheint also, als ob FDP und Grüne mit ihren (potenziellen) Koalitionspartnern und deren SpitzenkandidatInnen in der Wahrnehmung der Befragten nicht so eng verknüpft waren, als dass über Parteigrenzen hinweg mäßigende Ambivalenzeffekte auftreten konnten.

Kommen wir nun zu den Hypothesen 1b, 2b und 3b, die destabilisierende Wirkungen von Ambivalenz postulieren. Die empirische Evidenz in Tabelle 3 unterstützt im Großen und Ganzen die Vermutung, Ambivalenz gegenüber einer Partei oder PolitikerIn wirke destabilisierend auf deren summarische Bewertung. Die positiven Koeffizienten der Bewertungen in der ersten Befragungswelle sprechen für ein beträchtliches Maß an Stabilität (bei mittlerer Ambivalenz). Im Vergleich scheinen die Urteile über die FDP vergleichsweise instabil zu sein. Den Interaktionen der Bewertung aus der ersten Befragung und der Ambivalenz gegenüber dem jeweiligen Bewertungsobjekt werden durchweg die erwarteten negativen Koeffizienten zugewiesen, was für eine destabilisierende Wirkung hochgradiger Ambivalenz spricht. Von erheblicher Bedeutung ist diese Wirkung etwa im Falle von CDU und CSU. So beträgt der Stabilitätskoeffizient für den Vergleich von erster und zweiter Befragungswelle bei minimaler Ambivalenz 0,61, bei maximaler Ambivalenz hingegen 0,36. Ähnlich sinkt der Koeffizient, der die Stabilität der SPD-Bewertung zwischen der ersten und zweiten Befragung abbildet, von 0,6 auf 0,3, wenn man sich von minimaler zu maximaler Ambivalenz bewegt. Ebenso wirkt hochgradige Ambivalenz gegenüber Kohl einer stabilen Bewertung des CDU-Vorsitzenden entgegen. Weniger eindeutig sind die Befunde zu Rau, den Grünen und der FDP. In diesen Fällen sollte man daher besser von Wirkungstendenzen als von deutlichen Effekten sprechen.

Für die Vermutung, Ambivalenz gegenüber einer AkteurIn beeinflusse die Stabilität von Bewertungen anderer Objekte gleicher parteipolitischer Couleur, finden sich ebenfalls empirische Anhaltspunkte. Hochgradige Ambivalenz gegenüber der Union wirkt deutlich destabilisierend auf die Urteile über Kohl. So sinkt der Stabilitätskoeffizient von 0,64 bei minimaler Ambivalenz auf 0,40 bei maximaler Ambivalenz. Statistisch signifikante Interaktionsterme sind auch für die Effekte von auf Kohl bezogener Ambivalenz auf die Bewertung der Unionsparteien sowie von SPD-Ambivalenz auf die Bewertung von Rau zu erkennen. Allerdings unterscheiden sich die entsprechenden Stabilitätskoeffizienten für minimale und maximale Ambivalenz unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers nicht voneinander. Unzweifelhaft ohne Einfluss auf die Stabilität der SPD-Bewertung ist schließlich Ambivalenz gegenüber Rau. Wie bereits die Befunde zur Mäßigungshypothese deuten diese Resultate auf eine eher geringe Bedeutung des Kanzlerherausforderers auf Urteile über seine Partei hin.

Ausgesprochen dürftig nimmt sich die Evidenz zu parteiübergreifend destabilisierenden Wirkungen von Ambivalenz aus. Im Regierungslager bleibt Ambivalenz gegenüber der Union

und Kohl ohne Wirkung auf die Stabilität der Haltung zum kleineren Koalitionspartner. Hochgradige Ambivalenz gegenüber der FDP trägt eher zur Stabilisierung als zur Destabilisierung der Bewertungen der Union und deren SpitzenkandidatIn bei, was mit Wahlkampfeffekten oder der nicht konfliktfreien Zusammenarbeit in der Koalition zusammenhängen könnte. Auf der Seite der parlamentarischen Opposition zeichnet sich ein für die Hypothese ähnlich negatives Bild ab. Zwar weisen alle Koeffizienten ein negatives Vorzeichen auf, doch kann in keinem Fall von einem erheblich ins Gewicht fallenden Destabilisierungseffekt die Rede sein. Wie bereits im vorangegangenen Analyseschritt bleibt Ambivalenz somit über Parteigrenzen hinweg praktisch ohne die erwartete Wirkung auf die Urteilsbildung.

Die Kontrollvariablen entfalten in einigen, aber nicht allen Fällen die erwarteten Wirkungen. Intensive Parteibindungen sorgen für extremere und stabilere Bewertungen von Parteien und PolitikerInnen. Stark ausgeprägtes politisches Interesse trägt ebenfalls zu extremeren Urteilen

Tabelle 3: Stabilität von Partei- und Kandidatenbewertungen in Abhängigkeit von Ambivalenz und Kontrollvariablen (lineare Regressionsanalysen)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Rau	Kohl
Bewertung _{Welle 1}	.52**	.48**	.19**	.61**	.51**	.57**
	(.03)	(.04)	(.02)	(.04)	(.04)	(.03)
Bewertung _{Welle 1} *	-.26**	-	-.08	-	-	-.21**
Ambivalenz _{CDU/CSU}	(.08)		(.07)			(.08)
Bewertung _{Welle 1} *	-	-.30**		-.05	-.17*	-
Ambivalenz _{SPD}		(.08)		(.08)	(.08)	
Bewertung _{Welle 1} *	.09	-	-.05	-	-	.18*
Ambivalenz _{FDP}	(.08)		(.08)			(.08)
Bewertung _{Welle 1} *	-	-.13	-	-.20*	-.10	-
Ambivalenz _{Grüne}		(.08)		(.09)	(.09)	
Bewertung _{Welle 1} *	-	.02	-	-.05	-.16	-
Ambivalenz _{Rau}		(.09)		(.09)	(.09)	
Bewertung _{Welle 1} *	-.16*	-	.01	-	-	-.24**
Ambivalenz _{Kohl}	(.08)		(.07)			(.08)
Ambivalenz _{CDU/CSU}	.01	-	.01	-	-	-.00
	(.01)		(.01)			(.01)
Ambivalenz _{SPD}	-	.01	-	.01	.00	-
		(.01)		(.01)	(.01)	
Ambivalenz _{FDP}	.01	-	.04**	-	-	.01
	(.01)		(.01)			(.01)
Ambivalenz _{Grüne}	-	.01	-	.01	.02**	-
		(.01)		(.01)	(.01)	
Ambivalenz _{Rau}	-	-.02**	-	-.01	-.01	-
		(.01)		(.01)	(.01)	

Ambivalenz _{Kohl}	.01	-	-.00	-	-	.01*
	(.01)		(.01)			(.01)
Stärke Parteibindung	-.00	-.00	.01	-.00	-.00	.01
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Politisches Interesse	.02*	-.01	.01	.01	-.00	.00
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Formale Bildung	-.02**	-.01	-.01	.03**	-.01	-.03**
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
N (Aussagen)	-.01	.01*	-.03**	-.00	.01	-.01
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Extremheit _{Welle 1}	.03**	.02**	.00	.02*	.03**	.02**
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Bewertung _{Welle 1} * Stärke PI	.03**	.04**	.01	.02**	.03**	.03**
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Bewertung _{Welle 1} * Bildung	-.00	-.00	.00	.00	-.00	-.00
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Bewertung _{Welle 1} * Interesse	.01*	.01	.01*	.01*	.01	.02*
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Bewertung _{Welle 1} * Aussagen	.00	-.00	-.00	.01	-.00	.01
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Bewertung _{Welle 1} * Extremheit	.00	-.02*	.02**	-.02*	-.01	-.00
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Konstante	.63**	.63**	.52**	.37**	.61**	.57**
	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)	(.01)
Korr. R ²	.45	.37	.17	.36	.37	.46
N	1527	1528	1518	1526	1517	1526
Ambivalenz Bewertungsobjekt						
Effekt _{min. Ambivalenz}	.61#	.60#	-	.68	-	.64#
Effekt _{max. Ambivalenz}	.36	.30	-	.49	-	.40
Ambivalenz anderes Objekt						
Effekt _{min. Ambivalenz}	.57	-	-	-	.58	.64#
Effekt _{max. Ambivalenz}	.41	-	-	-	.40	.43

Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten, in Klammern Standardfehler. Signifikanzniveau: * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$.

Um die Stabilitätskoeffizienten für minimale (maximale) Ambivalenz zu ermitteln, wurde zum Regressionskoeffizienten der Bewertung_{Welle 1} das Produkt aus dem Minimum (Maximum) der jeweiligen Ambivalenzvariable und dem Regressionskoeffizienten addiert, der für den Interaktionsterm aus der Bewertung_{Welle 1} und der entsprechenden Ambivalenzvariable geschätzt wurde. #: Differenz zwischen Stabilitätskoeffizienten bei minimaler und maximaler Ambivalenz bei $p < 0.05$ statistisch signifikant.

über KandidatInnen und Parteien bei, zeitigt sonst jedoch nur vereinzelt Wirkungen. Die formale Bildung wie auch die Zahl der genannten guten und schlechten Seiten politischer AkteurInnen lassen ebenfalls über weite Strecken keine konsistenten Wirkungsmuster erkennen. Lediglich bei der Analyse extremer Bewertungen politischer Akteure gehen von der Zahl der Nennungen in etlichen Fällen deutliche Effekte aus. Hier stellt sich auch heraus, dass Personen, die sich am Rande des ideologischen Links-Rechts-Kontinuums positionieren, die betrachteten Parteien und PolitikerInnen extremer beurteilen. In einigen Stabilitätsanalysen hängt zudem die Variabilität der Bewertungen davon ab, wie extrem das betrachtete Objekt in der vorangegangenen Welle bewertet wurde.

5. Schluss

Ziel des vorliegenden Aufsatzes war es, Wirkungen von Ambivalenz auf die Bewertung politischer Parteien und von SpitzenpolitikerInnen in Deutschland zu untersuchen. Die Analysen auf der Grundlage von Daten aus einer Wiederholungsbefragung zur Bundestagswahl 1987 zeigten erstens, dass Ambivalenz gegenüber einer Partei oder PolitikerIn die Bewertungen der betrachteten AkteurIn mäßigt und destabilisiert. Diese Befunde sprechen dafür, dass BürgerInnen in Deutschland individuelle und kollektive politische AkteurInnen nicht ausschließlich nach dem Online-Modell beurteilen, sondern wenigstens zum Teil im Einklang mit dem Memory-Based-Modell handeln. Wie US-BürgerInnen (Lavine 2001; Meffert et al. 2004) scheinen sie bei der Bewertung politischer Objekte die dazu im Langzeitgedächtnis abgespeicherten Erwägungen abzurufen und diese in ihre Urteile über Parteien und PolitikerInnen einfließen zu lassen.

Zweitens wurde die Hypothese formuliert, Ambivalenz gegenüber einer AkteurIn könnte auch Bewertungen anderer AkteurInnen beeinflussen. Die Analyse zeigte, dass hochgradige Ambivalenz gegenüber einer Partei dazu beiträgt, dass Bürger deren KanzlerkandidatInnen weniger extrem und weniger stabil bewerten. Analoge Effekte kandidatInnenbezogener Ambivalenz auf die Bewertung von Parteien konnten im Falle des amtierenden Kanzlers, nicht aber seines Herausforderers nachgewiesen werden. Praktisch keine Unterstützung in der empirischen Evidenz fand hingegen die Vermutung, Ambivalenz könnte über Parteigrenzen hinweg mäßigend und destabilisierend auf politische Bewertungen von Koalitionspartnern wirken. Folglich scheint parteien- und politikerInnenbezogene Ambivalenz prinzipiell auch die politische Urteilsbildung zu anderen politischen Objekten beeinflussen zu können. Zwiespältige Wahrnehmungen einer politischen AkteurIn können also die öffentliche Meinung zu anderen AkteurInnen – und damit weitergehend als bisher vermutet – mäßigen und destabilisieren. Dies scheint jedoch nur dann möglich zu sein, wenn die betreffenden Objekte in der Vorstellungswelt der BürgerInnen so eng miteinander verknüpft sind, dass die Aktivierung von einem Konzept auf das andere überspringen kann. Die Analyse spricht somit für ein konditional erweitertes Wirkungspotenzial akteurInnenbezogener Ambivalenz.

Die vorgestellten Befunde beruhen auf Daten, die zu einem bestimmten Zeitpunkt unter spezifischen Bedingungen erhoben wurden. Daher sind die Ergebnisse nicht ohne Weiteres verallgemeinerbar. Das gilt beispielsweise für die Resultate zu den objektübergreifenden Ambivalenzeffekten. Im Vergleich mit anderen Koalitionskonstellationen könnten das christlich-liberale und das rot-grüne Bündnis im Wahlkampf 1987 ungünstige Bedingungen für parteiübergreifende Effekte geboten haben. Es ist daher nicht auszuschließen, dass etwa nach einem langjährigen einvernehmlichen Regierungsbündnis zwei Parteien in der Wahrnehmung der BürgerInnen

so eng miteinander verknüpft sind, dass die erwarteten Effekte auftreten. Ebenso dürften die Wechselwirkungen zwischen Orientierungen gegenüber Parteien und deren SpitzenkandidatInnen auf Veränderungen politischer und anderer Randbedingungen reagieren. Um diese Fragen zur Kontextabhängigkeit der Rolle von Ambivalenz in der politischen Urteilsbildung zu klären, sind vergleichende Untersuchungen erforderlich. Einen Beitrag dazu könnten etwa Analysen leisten, die Wirkungen von Ambivalenz unter unterschiedlichen politischen Bedingungen, also etwa bei verschiedenen Wahlen, in wahlfernen Zeiten oder auch in unterschiedlichen politischen Systemen, untersuchen. Darüber hinaus könnte die Forschung den Gedanken objektübergreifender Ambivalenzeffekte mit Blick auf andere AkteurInnen weiterentwickeln. So könnten auch zwischen intermediären Organisationen und politischen Parteien so enge Verbindungen in der Vorstellung der BürgerInnen bestehen, dass beispielsweise Ambivalenz gegenüber Gewerkschaften Bewertungen politischer Parteien beeinflusst. Diese Schritte könnten dazu beitragen, die politische Urteilsbildung von BürgerInnen und damit einen wichtigen Aspekt der politischen Willensbildung in der Demokratie besser zu verstehen.

ANMERKUNGEN

- 1 Für wertvolle Hinweise danke ich der/dem GutachterIn der ÖZP.
- 2 Hier verstanden als Vorstellungen von der Realität, die mit Bewertungen verbunden sind (vgl. Zaller 1992, 40).
- 3 Der Ambivalenzbegriff ist nicht unumstritten. Insbesondere wird das vorgestellte Konzept als zu inklusiv kritisiert (Alvarez/Brehm 2002). Weist man bei einer Person ein Nebeneinander unterschiedlich bewerteter Kognitionen zu einem Objekt nach, dann könne, müsse aber nicht ein – für Ambivalenz konstitutiver – unlösbarer Konflikt vorliegen. Ein echter Konflikt führe zu Entscheidungsunsicherheit, die durch zusätzliche Information gesteigert werde. Häufig Sorge zusätzliche Information jedoch gerade für den umgekehrten Effekt, weshalb nicht Ambivalenz, sondern Unsicherheit oder auch Zweideutigkeit vorlägen (Alvarez/Brehm 2002). Die anspruchsvollere Definition führt zu vergleichsweise vorsichtigen Aussagen über die Verbreitung von Ambivalenz (Alvarez/Brehm 2002; Steenbergen/Brewer 2004; Lavine/Steenbergen 2005). Zudem dürften sich die Wirkungen strikt definierter Ambivalenz von den Folgen weiter gefasster Ambivalenz unterscheiden, die in diesem Aufsatz untersucht werden.
- 4 Die Daten sind beim Datenarchiv der GESIS unter der Nummer 1537 erhältlich.
- 5 Auch in anderen Studien wurde nach guten und schlechten Seiten der Parteien gefragt. Jedoch sind in allen anderen beim Datenarchiv der GESIS zugänglichen Datensätzen zu wenige Nennungen guter und schlechter Seiten pro Bewertungsobjekt kodiert, als dass der Grad partei- oder politikerInnenbezogener Ambivalenz sinnvoll untersucht werden könnte.
- 6 Die Begrenzung auf sechs Nennungen pro Befragter und Objekt führt zu einer künstlichen Restriktion der Varianz des Ambivalenzindikators und dadurch zu einer tendenziellen Unterschätzung der Effekte von Ambivalenz.
- 7 Da die unabhängigen Variablen in diesen Analysen zentriert wurden, geben die Regressionskoeffizienten für die Bewertung_{Welle 1} den Stabilitätskoeffizienten bei mittlerer Ambivalenz an. Um die Stabilitätskoeffizienten für minimale (maximale) Ambivalenz zu ermitteln, wurde zum Regressionskoeffizienten der Bewertung_{Welle 1} das Produkt aus dem Minimum (Maximum) der jeweiligen Ambivalenzvariable und dem Regressionskoeffizienten addiert, der für den Interaktionsterm aus der Bewertung_{Welle 1} und der entsprechenden Ambivalenzvariable geschätzt wurde.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alvarez, R. Michael/John Brehm (2002). *Hard Choices, Easy Answers*, Princeton.
- Armitage, Christopher J./Mark Conner (2004). The Effects of Attitudinal Ambivalence on Attention-Intention-Behavior Relations, in: Geoffrey Haddock/Gregory R. Maio (Hg.): *Contemporary Perspectives on the Psychology of Attitudes*, Hove, 121–143.
- Bartels, Lawrence M. (2002). Beyond the Running Tally: Partisan Bias in Political Perceptions, in: *Political Behavior*, 24, 117–150.
- Basinger, Scott J./Howard Lavine (2005). Ambivalence, Information, and Electoral Choice, in: *American Political Science Review*, 99, 169–184.

- Bluemke, Matthias/Malte Friese* (2008). Reliability and Validity of the Single-Target IAT (ST-IAT): Assessing Automatic Affect Towards Multiple Attitude Objects, in: *European Journal of Social Psychology*, 38, 977–997.
- Chong, Dennis/James N. Druckman* (2007). Framing Theory, in: *Annual Review of Political Science*, 10, 103–126.
- Craig, Stephen C./James G. Kane/Michael D. Martinez* (2002). Sometimes You Feel Like a Nut, Sometimes You Don't: Citizens' Ambivalence About Abortion, in: *Political Psychology*, 23, 285–301.
- Craig, Stephen C./Michael D. Martinez/James G. Kane* (2005). Ambivalence and Response Instability, in: Stephen C. Craig/Michael D. Martinez (Hg.): *Ambivalence and the Structure of Political Opinion*, New York, 55–71.
- Festinger, Leon* (1957). *A Theory of Cognitive Dissonance*, Palo Alto.
- Fournier, Patrick* (2005). Ambivalence and Attitude Change in Vote Choice: Do Campaign Switchers Experience Internal Conflict?, in: Stephen C. Craig/Michael D. Martinez (Hg.): *Ambivalence, Politics, and Public Policy*, New York, 27–46.
- Gainous, Jason/Michael D. Martinez* (2005). What Happens When We Simultaneously Want Opposite Things? Ambivalence about Social Welfare, in: Stephen C. Craig/Michael D. Martinez (Hg.): *Ambivalence, Politics, and Public Policy*, New York, 47–62.
- Green, Donald Philip/Jack Citrin* (1994). Measurement Error and the Structure of Attitudes: Are Positive and Negative Judgments Opposites?, in: *American Journal of Political Science*, 38, 256–281.
- Greene, Steven* (2005). The Structure of Partisan Attitudes: Reexamining Partisan Dimensionality and Ambivalence, in: *Political Psychology*, 26, 809–822.
- Gschwend, Thomas/Franz Urban Pappi* (2004). Stimmensplitting und Koalitionswahl, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hg.): *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*, Wiesbaden, 167–183.
- Haddock, Geoffrey* (2003). Making a Party Leader Less of a Party Member: The Impact of Ambivalence on Assimilation and Contrast Effects in Political Party Attitudes, in: *Political Psychology*, 24, 769–780.
- Heider, Fritz* (1946). Attitudes and Cognitive Organization, in: *Journal of Psychology*, 21, 107–112.
- Holbrook, Allyson L./Jon A. Krosnick* (2005). Meta-Psychological Versus Operative Measures of Ambivalence: Differentiating Consequences of Perceived Intra-Psychic Conflict and Real Intra-Psychic Conflict, in: Stephen C. Craig/Michael D. Martinez (Hg.): *Ambivalence and the Structure of Political Opinion*, New York, 73–103.
- Holbrook, Allyson L./Jon A. Krosnick/Penny S. Visser/Wendi L. Gardner/John T. Cacioppo* (2001). Attitudes toward Presidential Candidates and Political Parties: Initial Optimism, Inertial First Impressions, and a Focus on Flaws, in: *American Journal of Political Science*, 45, 930–950.
- Klingemann, Hans Dieter* (1986). Der vorsichtig abwägende Wähler. Einstellungen zu den politischen Parteien und Wahlabsicht. Eine Analyse anlässlich der Bundestagswahl 1983, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.): *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*, Opladen, 385–426.
- Lau, Richard R.* (1985). Two Explanations for Negativity Effects in Political Behavior, in: *American Journal of Political Science*, 29, 119–138.
- Lau, Richard R./David P. Redlawsk* (2006). *How Voters Decide*, Cambridge.
- Lavine, Howard* (2001). The Electoral Consequences of Ambivalence Toward Presidential Candidates, in: *American Journal of Political Science*, 45, 915–929.
- Lavine, Howard* (2003). On-Line Versus Memory-Based Process Models of Political Evaluation, in: Kristen Renwick Monroe (Hg.): *Political Psychology*, Mahwah, 225–247.
- Lavine, Howard* (2004). Attitude Ambivalence in the Realm of Politics, in: Geoffrey Haddock/Gregory R. Maio (Hg.): *Contemporary Perspectives on the Psychology of Attitudes*, Hove, 94–119.
- Lavine, Howard/Marco Steenbergen* (2005). Group Ambivalence and Electoral Decision-Making, in: Stephen C. Craig/Michael D. Martinez (Hg.): *Ambivalence, Politics, and Public Policy*, New York, 1–26.
- Lee, Francis/Joseph Man Chan* (2009). The Political Consequences of Ambivalence: The Case of Democratic Reform in Hong Kong, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 21, 47–64.
- Lodge, Milton/Kathleen M. McGraw/Patrick Stroh* (1989). An Impression-Driven Model of Candidate Evaluation, in: *American Political Science Review*, 83, 399–419.
- Lodge, Milton/Charles S. Taber* (2005). The Automaticity of Affect for Political Leaders, Groups, and Issues: An Experimental Test of the Hot Cognition Hypothesis, in: *Political Psychology*, 26, 455–482.
- Maio, Gregory R./David W. Bell/Victoria M. Esses* (1996). Ambivalence and persuasion: The processing of messages about immigrant groups, in: *Journal of Experimental Social Psychology*, 32, 513–536.
- McGraw, Kathleen M./Brandon Bartels* (2005). Ambivalence Toward American Political Institutions: Sources and Consequences, in: Stephen C. Craig/Michael D. Martinez (Hg.): *Ambivalence and the Structure of Political Opinion*, New York, 105–126.
- McGraw, Kathleen M./Edward Hasecke/Kimberly Conger* (2003). Ambivalence, Uncertainty, and Processes of Candidate Evaluation, in: *Political Psychology*, 24, 421–448.
- Meffert, Michael F./Michael Guge/Milton Lodge* (2004). Good, Bad, and Ambivalent: The Consequences of Multidi-

- mensional Political Attitudes, in: Willem E. Saris/Paul M. Sniderman (Hg.): *Studies in Public Opinion*, Princeton, 63–92.
- Rattinger, Hans (2007). Wähler im Parteienraum, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hg.): *Der gesamtdeutsche Wähler*, Baden-Baden, 277–295.
- Shahla, Hossein (2001). Empirische Wahlforschung und Wählerrationalität, Frankfurt am Main.
- Smith, Eric R.A.N. (1980). The Levels of Conceptualization: False Measures of Ideological Sophistication, in: *American Political Science Review*, 74, 685–696.
- Steenbergen, Marco R./Paul R. Brewer (2004). The Not-So Ambivalent Public: Policy Attitudes in the Political Culture of Ambivalence, in: Willem E. Saris/Paul M. Sniderman (Hg.): *Studies in Public Opinion*, Princeton, 93–129.
- Steenbergen, Marco R./Milton Lodge (2003). Process Matters: Cognitive Models of Candidate Evaluation, in: Michael B. MacKuen/George Rabinowitz (Hg.): *Electoral Democracy*, Ann Arbor, 125–171.
- Taber, Charles S. (2003). Information Processing and Public Opinion, in: David O. Sears/Leonie Huddy/Robert Jervis (Hg.): *Oxford Handbook of Political Psychology*, Oxford, 433–476.
- Taber, Charles S./Milton Lodge (2006). Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs, in: *American Journal of Political Science*, 50, 755–769.
- Thompson, Megan M./Mark P. Zanna/Dale W. Griffin (1995). Let's Not Be Indifferent about (Attitudinal) Ambivalence, in: Richard E. Petty/Jon A. Krosnick (Hg.): *Attitude Strength: Antecedents and Consequences*, Hillsdale, 361–386.
- Zaller, John R. (1992). *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge.

ANHANG: OPERATIONALISIERUNGEN

Messung des Ambivalenzgrades:

Als Grundlage dienen die Antworten der Befragten auf die offenen Fragen nach den guten und schlechten Seiten von Parteien und Politikern, die ausschließlich in der ersten Befragungswelle gestellt wurden. Sie lauten: „Könnten Sie mir jetzt bitte einmal sagen, was Ihrer Ansicht nach die guten und schlechten Seiten der folgenden Parteien: SPD, CDU/CSU, FDP und der Grünen (Johannes Rau, Helmut Kohl) sind?“ In dem verwendeten Datensatz sind für jeden Befragten bis zu drei positive und bis zu drei negative Angaben zu jedem dieser politischen Objekte enthalten. Zunächst wurde für jeden Befragten ermittelt, wie viele positive und wie viele negative Seiten er zu jedem einzelnen der sechs politischen Objekte nannte. Um den Grad der Ambivalenz gegenüber einem Objekt zu ermitteln, wurden die Anzahl positiver Angaben (P) und die Anzahl negativer Angaben (N) zu dem jeweiligen Objekt in die sog. Griffin-Formel eingesetzt. Sie lautet:

$$\text{Ambivalenz} = (P + N)/2 - |P - N|.$$

Der Wertebereich des Ambivalenzindikators ist das Intervall von -1,5 bis +3. Der untere Extremwert indiziert eine sehr einseitige Sicht auf eine Partei oder KandidatIn und steht daher für minimale Ambivalenz. Der obere Grenzwert spiegelt dagegen hochgradig ambivalente Erwägungen wider. Die beschriebene Berechnungsprozedur wurde auf die Angaben zu den guten und schlechten Seiten der sechs ausgewählten politischen Objekte angewandt, so dass sechs Ambivalenzmaße resultierten. Für die Analysen, deren Ergebnisse in den Tabellen 2 und 3 dargestellt sind, wurden die Ambivalenzwerte einer weiteren Transformation unterworfen. Es wurde 1,5 addiert, der resultierende Wert wurde anschließend durch 4,5 dividiert. Es ergibt sich eine Variable mit dem Minimum 0 (minimale Ambivalenz) und dem Maximum 1 (maximale Ambivalenz).

Zahl der positiven und der negativen Seiten:

Diese Werte wurden aus den entsprechenden Werten P und N ermittelt, die im vorangegangenen Abschnitt beschrieben sind.

Extreme Bewertung von Parteien und PolitikerInnen:

Als Grundlage dienen die Antworten der Befragten auf die folgende Frage: „Was halten Sie – so ganz allgemein – von den politischen Parteien/von einigen führenden Politikern [CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen, Helmut Kohl, Johannes Rau]?“ Die Befragten konnten jedes Objekt auf einer Skala von 1 (halte überhaupt nichts von der Partei/PolitikerIn) bis 11 (halte sehr viel von der Partei/PolitikerIn) bewerten; hinsichtlich der Unionsparteien wurden für bayerische Befragte die CSU-Bewertungen verwendet, für die übrigen Respondenten die CDU-Bewertungen. Um festzustellen, wie extrem eine Person ein Objekt bewertet, wurde vom entsprechenden Skalenwert zunächst 6 abgezogen. Anschließend wurde der Absolutbetrag dieses Wertes gebildet. Das Resultat wurde schließlich durch 6 dividiert. Es ergibt sich ein Maß für die Extremheit der Bewertung, das einen Wertebereich von 0 (neutral) bis 1 (sehr extrem) besitzt.

Stärke der Parteibindung:

Die Respondenten wurden zunächst gefragt: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“ Personen, die eine Parteibindung angaben, wurden anschließend gebeten, deren Stärke einzuschätzen: „Wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu?“ (sehr schwach, ziemlich schwach, mäßig, ziemlich stark, stark). Auf dieser Grundlage wurde die folgende Variable gebildet: 0: keine Parteibindung; 0,33: sehr oder ziemlich schwache Parteibindung; 0,67: mäßige Parteibindung; 1: ziemlich oder sehr starke Parteibindung.

Politisches Interesse:

Die Respondenten wurden zunächst gefragt: „Einmal ganz allgemein gesprochen – interessieren Sie sich für Politik?“ (ja; nicht besonders; gar nicht). Falls eine Befragte „ja“ antwortete, wurde nachgefragt: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ (nicht so stark; stark; sehr stark). Auf dieser Grundlage wurde ein fünfstufiger Indikator gebildet: 0: gar nicht; 0,25: nicht besonders; 0,5: ja, nicht so stark; 0,75: ja, stark; 1: ja, sehr stark.

Extreme ideologische Orientierung:

Als Grundlage diente die Antwort auf die Frage: „Und nun hätten wir noch gerne von Ihnen gewusst, wo Sie sich selbst auf dieser Skala [der vorher bereits zur Einordnung von Parteien genutzten Links-Rechts-Skala, d. Verf.] einstufen.“ Die Befragten konnten sich auf der Links-Rechts-Skala zwischen 1 (links) und 11 (rechts) einstufen. Um zu messen, wie extrem sich die Befragten auf dieser ideologischen Skala einordneten, wurde vom jeweiligen Skalenwert 6 subtrahiert. Anschließend wurde der Absolutbetrag gebildet. Dieser wurde schließlich durch 6 dividiert. Es resultiert eine Variable mit dem Minimum 0 (neutral) und dem Maximum 1 (extrem).

Formale Bildung:

In den Analysen, deren Ergebnisse in Tabelle 2 dargestellt sind, wurde für die Kategorie „niedrige Bildung“ und die Kategorie „mittlere Bildung“ je eine Dummy-Variable gebildet. Die Kategorie „hohe Bildung“ diente als Referenzkategorie.

In den Analysen, deren Ergebnisse in Tabelle 3 dargestellt sind, wurde folgende Variable verwendet: 0: höchstens Hauptschulabschluss; 0,5: mittlere Reife; 1: mindestens Fachhochschulreife.

AUTOR

Harald Schoen ist Professor für Politikwissenschaft und Inhaber des Lehrstuhls für Politische Soziologie an der Universität Bamberg. Forschungsschwerpunkte: politische Einstellungen, politisches Verhalten, politische Psychologie, Methoden der empirischen Sozialforschung.

Korrespondenzadresse: Universität Bamberg, Lehrstuhl für Politische Soziologie, Feldkirchenstraße 21, D-96045 Bamberg.

E-Mail: harald.schoen@uni-bamberg.de